ge Gelegenheit
jeder Art.
nkveld
npfehlung
g meiner Werkstatt bin ich
ach einschlagende Arbeiten
teria'ien in kürzester Zeit
äß gen Preisen auszuführen.
wie neu aufgefärbt.
e abgeholt u zurückgebracht.
ppshoff
nnastr. 5 (Ostertor).
Eine große Partie
Steckrüben-
pflanzen
sind zu haben bei:
Th. Telaak,
Helderlob b. Halder
Rhld.
Schlacke
f Wegeausbesserung
kann kostenlos abge
holt werden.
Rudolf Klaas & Co.,
Eisengießerei und
Maschinenfabrik,
Kurfürstenstraße 46.
Ein durchaus selb
ständiger
Bäcker
der möglich auch de
Wagen mitfährt, ge
sucht.
Näheres in der Ge
schäftsstelle ds. Bl.
Ein
Junge
von 17 Jahren, such
bei einem ordentlichen
Landwirt in der Um
gebung von Rhede
Stellung. Näheres
Josef Heinrichs, Rhede.
Für kleinen Geschäfts
haushalt ein ehrliches
erfahrenes, katholisches
Mädchen
zum 1. August oder
früher gegen guten
Lohn gesucht.
Näheres: Luisenstr. 1.
Mädchen
für Küche und Haus
halt gesucht.
Schwartzstr. 8.
Intelligentes junges
Mädchen
18 Jahre, mit Reife
zeugnis des Lyzeums,
perfekt i. Stenographie
u. Maschinenschreiben,
sucht Stelle auf einem
Büro
Angebote unter Nr.
c4934 an die Geschäfts
stelle ds. Bl. erbeten.
kleidung
sehr preiswert.
arbeitet 27.50 23.50
42.00 32.50 28.50
7.50 5.75 3.90
4.80 3.95 2.45
9.50 6.50 3.50 1.95
9.90 8.75 6.90
Beruf passend.
ttmeyer

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: B. Wolfing. Werth: Th. Barre. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 168 | Montag, den 18. Juni | Jahrgang 1928

Das große Fragezeichen in Bayern.

Wer bildet die neue Regierung?

Von unserem Münchener Korrespondenten.

◆ **München,** 16. Juni.

Der Ausgang der Wahlen zum bayerischen Landtag hat die bayerischen Parteien vor ganz andere Probleme gestellt als das in Preußen der Fall ist. Denn der Zuwachs der sozialdemokratischen Fraktion bei den Wahlen des 20. Mai bedeutet für Bayern einen Zuwachs der Opposition, dem auf der Gegenseite ein Aehnliches nicht gegenübergestellt werden kann. Wohl hat auch der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund seine Sitze vermehren können. Aber dessen Erfolge stärken nicht die bisherige Koalition in Bayern; sie bilden vielmehr eine Gefahr für sie, da der Bauernbund im Ueberschwang seiner Siegesgefühle sich als der Herr der Situation fühlt und sich so gibt, als könne er in Ruhe abwarten, bis die Bayerische Volkspartei sich mit der Bitte um neue Koalitionsgemeinschaft seinen Lagerpforten naht. Das Hochgefühl des Bauernbundes über den Ausgang der Wahlen in Bayern ist umso größer, als er in der Tat in manchen Gegenden mit Erfolg in die Parteizäune der Bayerischen Volkspartei eingedrungen ist und manche hundert Stimmen der Bayerischen Volkspartei weggenommen hat.

Dementsprechend ist in der Bayerischen Volkspartei die Stimmung gegen den Bauernbund auch sehr gereizt. Die Abgeordneten insbesondere, die im Wahlkampf in erster Linie gegen den Bauernbund zu Felde ziehen mußten, wollen nicht das Geringste mehr von einer Koalition mit dem Bauernbund wissen. Sie finden in ihrer Auffassung auch sehr kräftige Unterstützung in jenem Teil der Provinzpresse der Bayerischen Volkspartei, die sich auf einen ländlichen Leserkreis stützt. Die Auslassungen, die hier in den letzten 14 Tagen zu finden waren, befürworteten jede andere Koalition als die alte mit den Bauernbündlern. Die großen Blätter der Bayerischen Volkspartei betrachteten zwar die Angelegenheit nach etwas weiter gesteckten Gesichtspunkten; aber eine besondere Empfehlung des Bauernbundes als Koalitionspartei war nirgends zu finden.

Naturgemäß war dem Vorfühlen der einzelnen Blätter solange keine überragende Bedeutung beizumessen, als die neue Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei sich nicht konstituiert hatte und so die maßgebendere Instanz für die politischen Entscheidungen der Bayerischen Volkspartei gegeben war. Das ist nun am Mittwoch geschehen. Als Fraktionsvorsitzender wurde der Abgeordnete Prälat Wohlmuth wiedergewählt. Unter seiner Leitung entspann sich nach Erledigung der übrigen Formalitäten sofort eine eingehende Debatte über das „praktische Arbeitsprogramm", d. h. über die Frage, unter welchen sachlichen Voraussetzungen die Bayerische Volkspartei in der Lage ist, mit anderen Parteien eine Koalition zu bilden. Die Abgeordneten Dr. Held und Wohlmuth standen mit ihrer Abneigung gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten nicht allein; aber immerhin war die Gewichtigkeit der Bedenken, die gegen eine Wiederkoalierung mit dem Bauernbund von mehreren Debattern vertreten wurden, groß genug, um auch in der neuen Fraktion entsprechenden Eindruck zu machen. Die Haltung, die die beiden Abgeordneten des pfälzischen Zentrums einnahmen, war besonders scharf pointiert und zwar zugunsten einer Koalition mit den Sozialdemokraten. Ihre Meinung resultierte sich aus einer außerordentlich starken Abneigung gegen die Deutschnationalen, gegen die besonders der Abg. Pfarrer Fink-Billigheim scharf vom Leder zog. Ein eigentliches Ergebnis haben die Beratungen der Bayerischen Volkspartei nicht gefunden, obwohl sie auch Freitag morgen noch fortgesetzt wurden. Der Fraktionsvorstand ist jedenfalls für die kommenden Verhandlungen nach keiner Richtung hin gebunden. Maßgebend ist einzig und allein, daß er sich in seinen Entschlüssen von den Interessen einer bayerischen Politik leiten läßt.

In einer besonders prekären Lage befinden sich die Leute der ehemaligen Mittelpartei, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Hier ist vor allem bedeutungsvoll die Frage, ob sich die vier Vertreter der Deutschen Volkspartei erneut mit den Deutschnationalen an einen Fraktionstisch setzen werden, nachdem sich die beiden ehemaligen Freunde im verflossenen Wahlkampf aufs schärfste in die Haare geraten sind und sogar vor den Gerichten eine „Meinungsverschiedenheit" ausgetragen haben. Die Leute der Deutschen Volkspartei in München insbesondere sind von Haß gegen die Deutschnationalen geradezu durchglüht, da sie der Meinung sind, daß sie die Niederlage Stresemanns in München zum Teil auch den Deutschnationalen zu verdanken haben. Zudem pfeifen es die Spatzen vom Dache, daß Stresemann selbst die deutschen Volksparteiler in Bayern moralisch verpflichtet habe, mit den Deutschnationalen zusammen sich an einer Regierung auf keinen Fall zu beteiligen. Da mit ähnlichen Fäden auch die Deutsche Volkspartei in Württemberg gebunden gewesen sein soll, als sie sich der Koalition mit den dortigen Deutschnationalen versagte und so eine Linksregierung in Württemberg ermöglichte, so mutmaßt man in Bayern von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei das gleiche. Unangenehm ist allerdings für die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei in Bayern die Tatsache, daß sie mit der Stärke von vier Mann, von denen überdies nur zwei in direkter Wahl und in der linksrheinischen Pfalz gewählt sind, keine Fraktion bilden können. Sie müssen sich also, wenn sie irgend etwas bedeuten wollen, nolens volens an jemanden anschließen. Ob aber der Bauernbund als Eichenstamm für die schwankenden Winde inbetracht kommt, ist doch mehr als fraglich. Zur Zeit irren die vier aus der Berliner Ferne geleiteten Mannen der Deutschen Volkspartei ratlos hin und her und hoffen, daß der Parteitag in der Pfalz ihnen ein Licht und einen Wegweiser aufsteckt.

Die übrigen Parteien tagen erst in der kommenden Woche und haben sich bis jetzt wenig aus der Reserve hervorgewagt. Bezüglich der Auffassung in den Kreisen der Sozialdemokraten hat es den Anschein, als ob man hier sich bereits mit der Rolle einer weiteren Oppositionsstellung abgefunden hat. Wenigstens werden die Glossen der sozialdemokratischen „Münchener Post" zur Lage immer spitzer und hämischer. Das wäre wohl kaum der Fall, wenn sich die Sozialdemokraten in Bayern bereits anschickten, den Ministerfrack für kommende Amtstätigkeit aus dem Kampferschrank wieder hervorzuholen.

Schwerer Tornado über Oklahoma.

◆ **London,** 17. Juni. Der südliche Teil des Staates Oklahoma (U. S. A.) wurden am Sonnabend von einem schweren Tornado heimgesucht. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurden die beiden Städte Blair-Mountain-Park und Snyder. Die Bewohner von Blair konnten noch vor der später eintretenden Unterbrechung aller Verbindungen Hilferufe aussenden. Danach scheint es, daß die Stadt so gut wie ganz zerstört ist und die Verwüstungen ungeheuer sind. 200 freiwillige Helfer sind sofort zur ersten Hilfeleistung entsandt worden. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken. Fest steht einstweilen nur, daß drei Personen getötet und 15 verletzt wurden. In Snyder wurden 50 Häuser zerstört. Von dem Tornado wurde ein sechs Meilen breites Gebiet im südwestlichen Oklahoma betroffen.

Wieder ein Flugzeug von Amerika nach Europa unterwegs.

Die „Freundschaft" zum Atlantikflug gestartet.

:: **Newyork, 17. Juni. Nach fünfmaligem Startversuch ist das amerikanische Flugzeug „Freundschaft" heute um 12,21 Uhr amerikanischer Zeit (3 Uhr nachmittags nach mitteleuropäischer Zeit) in Trepassey bei westlichem Winde zum Europaflug gestartet. Die Insassen des Flugzeugs sind die Piloten Stultz und Ellsworth und Miß Carheart.**

★

Günstiges Flugwetter.

:: **London,** 17. Juni Ueber den Start des Flugzeuges „Freundschaft" von der Trepassey-Bucht auf Neufundland werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Klare Sicht und starke Westwinde sind dem Fluge günstig. Die Wettermeldungen vom Atlantik sind gleichfalls gut. Die „Freundschaft" ist mit einer drahtlosen Einrichtung ausgerüstet und benutzt für ihre Mitteilungen die Zeichen W. O. X., Länge 600 Meter. Das Ziel des Flugzeugs stand bei dem Start noch nicht fest. Man nimmt aber an, daß es Irland ist.

Die Bremenflieger in Cherbourg.

◆ **Cherbourg,** 17. Juni. Zur Begrüßung der Bremenflieger, die mit der „Columbus" gestern abend von Plymouth kommend hier eintrafen, begaben sich Vertreter der deutschen Botschaft, des Norddeutschen Lloyd und der Presse an Bord des Lloyddampfers. An der Begrüßung in der Kapitänskajüte, bei der Frau Köhl und Frau Fitzmaurice Blumen überreicht wurden, schloß sich ein längeres Gespräch der Besucher mit v. Hünefeld, Köhl und Fitzmaurice. Dabei rühmte v. Hünefeld insbesondere den großartigen Empfang, der ihnen in Amerika zuteil geworden sei. Er sprach mit besonders herzlichen Worten von denen, die ihnen bei ihrer Landung in Greenly Island und zur Fortsetzung ihrer Fahrt behilflich gewesen sind. Die Frage nach der Möglichkeit eines ständigen regelmäßigen Transozeanflugdienstes wurde von den Fliegern übereinstimmend unbedingt bejaht. Die Flieger gedachten dann u. a. auch in ehrenden Worten ihrer ruhmreichen, aber unglücklichen Vorgänger Nungesser und Coli, deren Andenken in Amerika und in ihren Herzen immer lebendig bleiben werde. Während der Ueberfahrt sind die Flieger auf der „Columbus", wie sie wiederholt bemerkten, Gegenstand lebhafter Sympathiebeweise der Passagiere gewesen, die von ihnen immer wieder Autogramme und Photographien erbaten. Die Flieger rühmten auch die herzliche Begrüßung, die ihnen in Plymouth zuteil geworden ist.

Bessere Aussichten für die Große Koalition.

Die interfraktionellen Besprechungen.

+ **Berlin,** 16. Juni. Die heutigen interfraktionellen Besprechungen im Reichstag erstreckten sich auf alle Fragen, die das Regierungsprogramm betreffen. Zuerst erörterte man Verfassungsfragen, dann die Verwaltungsreform und hierauf Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erklärt wird, nahmen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf. Sie wurden um 2 Uhr auf Montag vormittag vertagt. Die Behauptung eines Berliner Mittagsblattes, daß in Preußen die Verhandlungen bereits abgeschlossen seien, trifft nicht zu; sie haben bekanntlich erst begonnen.

An Einzelheiten wird noch gemeldet, daß sich bei den außenpolitischen Fragen keinerlei Schwierigkeiten ergeben haben. Es dürfte auch für das Verhältnis des Reiches zu den Ländern eine gemeinsame Linie gefunden werden. Es soll in der Regierungserklärung des neuen Kabinetts u. a. zum Ausdruck kommen, daß die Reichsregierung in der Frage der Reichsreform nicht untätig sein will. Der Verfassungsfeiertag wurde gleichfalls ohne besondere Gegensätzlichkeiten besprochen, wenn auch die Volkspartei dabei die Frage des Reichsgründungstages in die Debatte zog. Bezüglich des Schulgesetzes wünschte das Zentrum Wahrung der Gewissensfreiheit und der Elternrechte; Demokraten und Volkspartei vertraten die Notwendigkeit der staatlichen Schulhoheit und des geordneten Schulbetriebes. Die Sozialdemokraten wünschten Herabsetzung der Altersgrenze für die Sozialversicherten und Versicherung in der Arbeitslosenfürsorge.

Auch das Washingtoner Abkommen wird bei den kommenden Verhandlungen weniger Schwierigkeiten machen.

Müller-Franken hatte noch mit den Führern der Wirtschaftspartei eine besondere Besprechung über das von dieser Gruppe vorgelegte Wirtschaftsprogramm. Der Gesamteindruck der bisherigen Verhandlungen wird in parlamentarischen Kreisen dahin erläutert, daß der Abgeordnete Müller-Franken mit seinen Bemühungen um die Regierungsbildung einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen sei. Die interfraktionellen Besprechungen gehen am Montag weiter und werden wohl auch noch Dienstag vormittag andauern. Am Dienstag werden dann auch die Fraktionen zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen haben.

Der offizielle Bericht über die interfraktionellen Besprechungen besagt: Am heutigen Vormittag wurden unter dem Vorsitz des Abgeordneten Hermann Müller-Franken die Verhandlungen über die Bildung der Reichsregierung mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayrischen Volkspartei weitergeführt. Gegenstand der Verhandlungen waren außen- und innenpolitische Fragen. Die Besprechung wurde nicht zu Ende geführt, da in Einzelfragen zunächst den Fraktionen Bericht gegeben werden soll. Am kommenden Montag findet die Fortsetzung der Aussprache statt.

★

Preußen wartet ab.

◇ **Berlin,** 16. Juni. In maßgebenden Kreisen der preußischen Regierungsparteien weist man darauf hin, daß die Volkspartei keinen Grund zu Zweifeln an der Erklärung des Ministerpräsidenten Braun habe, daß auch für Preußen die Große Koalition als die jetzt gegebene Regierungsform zu betrachten sei, zumal diese Erklärung noch durch die Regierungsparteien in ihrer Stellungnahme zur Braun-Rede ausdrücklich unterstrichen worden ist. Schwierigkeiten beständen nicht, zumal auch über das sachliche Programm der Zusammenarbeit in Preußen eine Einigung leicht herbeizuführen sein wird, da die Volkspartei ja schon einmal das Regierungsprogramm Brauns mitgemacht habe und da sich an diesem Regierungsprogramm nichts ändern würde. Zunächst muß abgewartet werden, welchen Vorsitzenden sich die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wählen wird. Man nennt den Abgeordneten v. Eynern als Nachfolger Dr. v. Campes. Es wird erwartet, daß dann zunächst Besprechungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei über kulturelle Fragen stattfinden werden und daß im übrigen die interfraktionellen Besprechungen in Preußen in den ersten Tagen des Juli beginnen, wobei der Ausdruck „zu gegebener Zeit" für die Erweiterung der preußischen Regierungsbasis den Frühherbst bedeuten solle. Vor allem aber sind die preußischen Regierungsparteien, wie dem Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch versichert wird, entschlossen, dem Ministerpräsidenten auch in der Auffassung zu folgen, daß die preußische Regierungsumbildung sich völlig unabhängig von der Gestaltung der kommenden Reichsregierung zu vollziehen habe, wie dies ja jetzt auch in den Verhandlungen des Reichstages schon zum Ausdruck gekommen ist.

Rheinländerkundgebung in der Marienburg.

○ **Marienburg,** 16. Juni. Im Anschluß an die 7. Jahrestagung des Reichsverbandes der Rheinländer fand in der Großkomturei der Marienburg eine Kundgebung der Verbundenheit zwischen Ost und West statt. Oberpräsident Siehr begrüßte die Erschienenen im Namen der Staatsregierung und führte u. a. aus, er wüßte für diese Kundgebung keinen würdigeren Raum als die altehrwürdige Halle der Marienburg. An diesem Kulturgut haben Deutsche aller Stämme, auch vom Oberrhein, teilgenommen. Schwer sind die Opfer gewesen, die Ostpreußen in eine Vorpostenstellung bringen mußten. Durch den Friedensvertrag sind das Memelland, Soldau, Posen, Westpreußen verlorengegangen und der Korridor trennt uns vom deutschen Vaterlande. Als die Ostpreußen vor die Wahl gestellt wurden, für das geknechtete Deutschland oder für das kriegsschuldenfreie Polen sich zu entscheiden, haben wir Ostpreußen mit überwältigender Mehrheit zum Ausdruck gebracht, daß wir gewillt sind, bei Deutschland zu verbleiben. (Beifall.) So haben wir mit besonderer Genugtuung vernommen, daß es Ihnen am schönen Rhein gelungen ist, die Separatisten abzuschütteln und Ihr Land von dieser Qual zu befreien. Lassen Sie mich zum Schluß noch sagen: Es gibt keinen Ostpreußen, der nicht der Ueberzeugung ist, daß der wirtschaftliche und politische Unsinn, der durch den polnischen Korridor geschaffen wurde, verschwinden muß. Wir Ostpreußen erneuern das Gelöbnis, das in Stein eingemeißelt im Abstimmungsdenkmal steht: Dieses Land bleibt deutsch. Die Ausführungen des Oberpräsidenten wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Darauf ergriff der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes der Rheinländer, Staatssekretär Dönhoff-Berlin, das Wort und forderte zu innerer Sammlung und neuen Zielsetzungen und zum Aufbau des deutschen Volksstaates auf. Nach weiteren Ausführungen zweier anderer Redner und nach Schlußworten des Staatssekretärs Dönhoff schloß die eindrucksvolle Feier mit dem Deutschlandliede. Alle Reden wurden mit warmen Beifallsbezeugungen aufgenommen.

Eine neue Note Sowjetrußlands an Polen.

Moskau, 16. Juni. Das Mitglied des Kollegiums im Volkskommissariat für Auswärtiges Stomonjakoff übergab heute dem polnischen Gesandten in Moskau Patek eine Note Tschitscherins, in der darauf hingewiesen wird, daß die Maßnahmen, die die polnische Regierung zur Einstellung der terroristischen Tätigkeit der weißen Emigrantenorganisationen auf der Grundlage ihrer an die weißen Emigranten am 1. August 1927 gerichteten Warnung getroffen hat, sich als vollkommen unzureichend erwiesen hätten, was durch das jüngste Attentat auf Wojciechowski bestätigt werde. Die Sowjetunion, so heißt es dann in der Note weiter, kann auch die nach diesem Attentat von der polnischen Regierung ergriffenen Maßnahmen nicht als hinreichend anerkennen, denn die im Zusammenhang mit dem Attentat verhafteten Personen sind in der letzten Zeit bereits freigelassen worden. Derartige Maßnahmen, die sich lediglich auf die vorübergehende Wirkung beschränken, können auf die verbrecherischen Kreise der weißen Emigranten in Polen kaum den nötigen Eindruck machen. Die Sowjetregierung stellt fest, daß zur Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetgesandtschaft in Warschau und zum Schutze der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen vor dauernden Erschütterungen ernste Maßnahmen notwendig sind. Sofern die polnische Regierung, wie in der Note Pateks vom 3. Juni mitgeteilt wird, Schritte unternahm und weiter zu unternehmen gedenkt, um terroristische Akte gegen die Sowjetgesandtschaft „künftig unmöglich zu machen," sieht die Sowjetregierung Mitteilungen über konkrete Maßnahmen der polnischen Regierung entgegen. Wenn nicht die polnische Regierung neue, ernste und entschiedene Maßnahmen gegen die weißen Emigranten trifft, kann die Sowjetunion die Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetgesandtschaft nicht als befriedigend gelöst betrachten und muß der polnischen Regierung die Verantwortung für die Sicherheit der Sowjetgesandtschaft auferlegen.

Eine scharfe Entschließung der geschädigten Auslandsdeutschen.

◆ **Berlin**, 17. Juni. Am Sonntag vormittag fand in der Berliner Stadthalle eine vom Reichsverband der geschädigten Auslandsdeutschen, dem kolonialen Zentralverband und der Interessenvertretung „Selbsthilfe" einberufene Versammlung der Verdrängten und Geschädigten aus ganz Deutschland statt. Nach längeren Referaten wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Geschädigten klagen öffentlich an die Herren Referenten des Reichsfinanzministeriums, die mit der Entschädigungsfrage betraut sind, des Betruges an den Geschädigten

1. wegen Nichtbeachtung der Reichsgesetze, Bruch der Verfassung (Reichsgesetz vom 16. Juli 1919, Reichsgesetzblatt 140, Seite 687 § 297);

2. wegen bewußter Falschorientierung der Behörden und der Oeffentlichkeit über den wahren Sachverhalt der Geschädigtenansprüche;

3. wegen Mißbrauches der Gesetze (Artikel 105 und 109 der Reichsverfassung).

Wir verlangen sofortige Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen genannte Herren und vorläufige Suspendierung vom Amte, Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, in dem die Geschädigtenverbände selbst und die von ihnen zu benennenden Volksvertreter Stimme haben".

Der Entwurf eines Hausgehilfengesetzes.

◇ **Berlin**, 16. Juni. Ueber den Entwurf eines Hausgehilfengesetzes sind im Anschluß an eine Hausfrauenversammlungen in den letzten Tagen unzutreffende Mitteilungen verbreitet worden. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, handelt es sich um einen vorläufigen Referentenentwurf, der sich dem dem Reichsrat seit längerer Zeit vorliegenden Regierungsentwurf der neuen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung anpassen soll. Um die Oeffentlichkeit über den wirklichen Inhalt des Entwurfs aufzuklären, wird ihn das Reichsarbeitsministerium in der nächsten Nummer des Reichsarbeitsblattes veröffentlichen. Vor einer Weiterbearbeitung wird den beteiligten Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Ergebnislose deutsch-rumänische Währungsverhandlungen.

Berlin, 17. Juni. Die Vertreter der rumänischen Regierung und der rumänischen Nationalbank, die hier in den letzten Tagen wegen einer etwaigen Mitwirkung der Reichsbank bei einer gemeinsamen Aktion der internationalen Notenbanken zur Stabilisierung der rumänischen Währung verhandelt haben, sind gestern wieder abgereist, ohne daß bisher ein positives Ergebnis erzielt werden konnte. Die Reichsbank war zwar bereit, an einer gemeinsamen Aktion der Notenbanken mitzuwirken, hat ihre Mitwirkung aber davon abhängig gemacht, daß die Ansprüche der deutschen Inhaber von rumänischen Staatsanleihen in einer befriedigenden Weise geregelt werden. Solange über diesen Punkt eine Einigung nicht erzielt werden kann, muß die Reichsbank von einer Mitwirkung bei der Stabilisierungsaktion absehen.

Abschiebung Bela Khuns aus Wien geplant.

× **Wien**, 17. Juni. Das „Neue Wiener Tagblatt" erfährt, daß eine Auslieferung Bela Khuns an Ungarn nicht stattfindet. Bela Khun, der jetzt russischer Staatsbürger sei, werde nach Rußland abgeschoben werden und zwar über deutsches Gebiet. Von der deutschen Regierung liegt, nach dem genannten Blatt, bereits eine prinzipielle Zustimmung vor zur Durchreise über deutsches Gebiet. Die Abschiebung Bela Khuns werde auf dem Luftwege über Berlin erfolgen.

Der 70. Geburtstag des Königs von Schweden.

× **Stockholm**, 16. Juni. Die Feier des 70. Geburtstages des Königs Gustav in der Hauptstadt wurde um 8 Uhr früh mit einem viertelstündigen Läuten von allen Kirchen der Stadt eingeleitet. Die Hauptstraßen und Plätze der Stadt sind mit Laubgewinden und Blumen festlich geschmückt. Die öffentlichen Gebäude, die Privathäuser und Schiffe tragen überaus reichen Flaggenschmuck. Bereits am frühen Morgen gestattete die königl. Familie dem König ihre Glückwünsche. Kurz nach 10 Uhr fanden sich die Mitglieder der Regierung zur Gratulation ein. Das bemerkenswerteste Ereignis am Jubiläumstage, die Uebergabe der großen Ehrengabe der Nation an den König, fand um 11 Uhr statt. Das große Geldgeschenk in Höhe von 4 700 000 Kronen wird von König Gustav einem Fonds für die Krebsforschung zur Verfügung gestellt. Die mit der Gabe überreichte Adresse ist auf Pergament gemalt und befindet sich in einem Kasten von vergoldetem Silber und Emaille, auf dem in Goldbuchstaben zu lesen ist: „Dem König Gustav vom schwedischen Volke." Nach der Entgegennahme der Nationalgabe fand ein Empfang statt, auf dem die Vertreter der Stadt Stockholm, die Spitzen der Behörden, der Erzbischof Söderblom als Vertreter sämtlicher Bischöfe des Landes, die Universitäten, die Nobelstiftung usw. ihre Glückwünsche aussprachen. Das diplomatische Corps entbot seine Glückwünsche durch seinen Doyen, den finnischen Gesandten Söderhjelm.

Deutsche Glückwünsche.

○ **Berlin**, 16. Juni. Anläßlich des Geburtstages des Königs von Schweden hat der Reichspräsident diesem ein Glückwunschtelegramm übersandt. Das Auswärtige Amt hat durch Abgabe von Karten bei dem schwedischen Gesandten gratuliert.

Mexikanische Einladung an Kellogg.

× **Washington**, 16. Juni. Im Staatsdepartement wurde heute mitgeteilt, daß der mexikanische Botschafter Staatssekretär Kellogg eingeladen habe, seinen Sommerurlaub auf einem Landsitz in der Nähe von Mexiko City zu verbringen. Der Staatssekretär könne jedoch Washington nicht verlassen, da er mit Arbeiten über den Abschluß des Antikriegspaktes sowie mit der Vorbereitung der panamerikanischen Konferenz, die demnächst hier eine Schieds- und Vergleichskonvention beschließen soll, beschäftigt sei. Staatssekretär Kellogg arbeite zurzeit an einer neuen Antikriegspaktnote; er habe sich jedoch noch nicht entschieden, wann er sie absenden werde. Die mexikanische Reise des Staatssekretärs war für den September vorgeschlagen worden, also zwei Monate nach den am 1. Juli stattfindenden mexikanischen Präsidentschaftswahlen.

Die Einigung Chinas.

△ **Nanking**, 16. Juni. Die Nankingregierung hat eine wichtige Kundgebung veröffentlicht, in der erklärt wird, daß die Einigung Chinas jetzt vollzogen sei. Die neue Regierung wünsche dem chinesischen Volk die Segnungen persönlicher und staatlicher Freiheit, und dem Lande internationalen Frieden auf der Basis der Gleichheit. Weiterhin wird erklärt, daß jede militärische Regierungsform bekämpft werde. Die Kommunisten würden nicht geduldet werden. Zum Schluß wird vorgeschlagen, sofort mit Verhandlungen zum Abschluß neuer internationaler Verträge zu beginnen, die auf der Grundlage gleicher Rechte und gegenseitiger Achtung der staatlichen Hoheit abzuschließen seien.

Auch die Mandschurei vor der Uebergabe an Südchina.

Tokio, 16. Juni. Nach zuverlässigen Berichten aus Mukden haben Tschangtsolins Nachfolger, die seinen Tod immer noch verheimlichen, um Japans Intervention zu verhindern, die Absicht, die Mandschurei der neuen chinesischen Nationalregierung auszuliefern. In Japan ist man zum Einlenken gegenüber der Nankingregierung bereit, wenn diese ihre Hand von der Mandschurei ablassen sollte. Der Pekinger Generalkonsul wird, mit diplomatischen Befugnissen ausgestattet, nach Nanking gehen, um dort mit der Nationalregierung zu verhandeln.

Beruhigung in Tientsin und Peking.

÷ **Schanghai**, 16. Juni. Die Lage in Nordchina hat eine Klärung u. a. dadurch erfahren, daß Fengjuhsiang seinen Truppen Befehl gegeben hat, sich auf Paotingfu zurückzuziehen. Die nationalen Truppen räumen den Süden von Tientsin und lassen die Kontrolle der Provinz Tschili in den Händen Yenhsischans. Nankueinsching ist zum Bürgermeister von Tientsin ernannt worden. Diese Ernennung hat das Vertrauen auf rasche Wiederkehr normaler Zustände geweckt. Im chinesischen Teil der Stadt sind die Läden wieder geöffnet.

In Peking ist man ganz von der Frage in Anspruch genommen, welche Stadt die Hauptstadt des neuen China sein wird. Man sieht die Lage ähnlich an wie in der Türkei, als es sich darum handelte, zwischen Konstantinopel und Angora zu wählen. Man ist jetzt überzeugt, daß Tschangtsolin seinen Verletzungen erlegen ist und in südchinesischen Kreisen ist man optimistischer hinsichtlich der Hoffnung, die Mandschurei sich den anderen Provinzen anschließen zu sehen.

Ein Auto rast in Kinobesucher.

Drei Tote.

= **Leipzig**, 17. Juni. Gestern fuhr in der Eisenbahnstraße ein schwerer Personenkraftwagen in eine Gruppe von Personen, die ein Kino nach Schluß der Vorstellung verließen. Zwei Frauen wurden sofort getötet, eine dritte starb auf dem Transport zum Krankenhaus. Mehrere Personen wurden schwer verletzt. Die Straße ist an der Unglücksstelle wegen Straßenbauarbeiten für den Fahrverkehr gesperrt. Der Führer des Wagens, der in schneller Fahrt von Taucha kam, hatte das Sperrschild zu spät bemerkt. Er versuchte, den Wagen im letzten Augenblick herumzureißen und in eine Seitenstraße abzubiegen. Er nahm aber die Wendung zu kurz und fuhr gegen das Schaufenster eines Uhrmachers, das zertrümmert wurde. Das Auto fuhr noch ein Stück auf dem Fußweg weiter und in die Kinobesucher hinein. Der Führer riß den Wagen dann nochmals herum und fuhr auf der anderen Seite der Straße einen Baum um. Er wurde in Haft genommen.

Ein Junkersflugzeug für den Flug durch die Stratosphäre.

Pläne der Junkerswerke.

Berlin, 17. Juni.

Während der Streit um das Raketenflugzeug immer eisiger tobt, werden in aller Stille Vorbereitungen getroffen, um nicht mit der Rakete, sondern mit Motorkraft den Vorstoß in die Stratosphäre zu wagen. Wie eine hiesige Korrespondenz aus absolut zuverlässiger Quelle erfährt, wird zurzeit von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der deutschen Versuchsanstalt für Luftschiffahrt und dem hinter ihr stehenden Reichswehrministerium mit den Junkerswerken in Dessau über den Bau eines mehrmotorigen Spezialflugzeugs verhandelt. Mit dem Flugzeug sollen, möglichst noch in diesem Jahr,

Flüge bis zu einer Höhe von 15 bis 20 Kilometer,

also bis weit in die Stratosphäre hinein unternommen werden. Die Verhandlungen sind aus mancherlei Gründen bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Korrespondenz will jedoch in der Lage sein, einige grundlegende Einzelheiten dieser bahnbrechenden Neukonstruktion, die auf dem Papier so gut wie fertig ist, mitzuteilen. Geplant ist der Bau eines Metalleindeckers der bekannten Junkersschen Bauart, der an seinen Tragflächen zwei oder vier Motoren von der bei den Verkehrsflugzeugen üblichen Stärke tragen soll. Der vordere Teil des Rumpfes, die sogenannte Kanzel, soll dagegen nicht, wie dies bei den mehrmotorigen Verkehrsmaschinen der Fall ist, mit einem mittlern Motor ausgerüstet werden, sondern für Beobachtungszwecke frei bleiben.

In diesem Zusammenhang sei auf die wenig bekannte Tatsache verwiesen, daß die Junkerswerke bereits über eine mehrmotorige Höhenmaschine verfügen, die ebenfalls keinen mittlern Motor besitzt. Dieses Flugzeug unterscheidet sich von den andern Junkerstypen im übrigen auch dadurch, daß die obere Seite der Tragflächen mit glatten Duraluminblechen versehen ist, was zur Erreichung größerer Höhen angeblich notwendig sein soll.

Das geplante Stratosphärenflugzeug soll weiterhin eine doppelwandige, vollkommen abgedichtete Kabine erhalten, in der auch in der Stratosphäre nach Möglichkeit ein gleichmäßiger Druck aufrechterhalten werden soll. Das Problem, auch in Höhen von 12, 15 und 20 Kilometern mit ihrer ständig abnehmenden Luftdichte den Motoren wie auch den Insassen der Maschine

den notwendigen Sauerstoff

zuzuführen, soll auf die Weise gelöst werden, daß die Motoren besondere Luftkompressoren erhalten, die von der Kurbelwelle aus betrieben werden und bei Erreichung von Höhen über 10 000 Meter die dünner werdende Luft komprimieren sollen. Allerdings ist man sich darüber klar, daß diese Kompressoren allein für den Stratosphärenflug nicht genügen würden. Beim Steigen bis zu Höhen von 15 000 Metern und darüber müßten die Kompressoren immer größere Arbeit leisten, so daß damit die Energie der Motoren schon völlig verbraucht sein würde. Infolgedessen will man in diesen Höhenlagen ein Kompressoren-Aggregat einschalten, und zwar in Form einer von den Motorabgasen getriebenen Turbine, die die Leistung der Kompressoren unterstützen soll.

Ein Teil der komprimierten Luft wird in die Kabine geleitet,

um den Insassen den genügenden Sauerstoff zur Atmung zuzuführen. Allerdings werden diese Zusatzapparate für die Motoren ziemlich viel Raum beanspruchen, so daß das Flugzeug außer zwei bis drei Mann Besatzung kaum noch Nutzlast wird tragen können. Dieses mit normalen Motoren ausgerüstete Stratosphärenflugzeug, das in gewöhnlichen Höhenlagen etwa eine Stundengeschwindigkeit von 150 Kilometern entwickeln würde, könnte in einer Höhe von etwa 15 Kilometern mehr als die dreifache Geschwindigkeit also ungefähr 500 Kilometer in der Stunde, erreichen, so daß es beispielsweise die Strecke Berlin London in zwei,

Berlin — Newyork in 12 Stunden

würde zurücklegen können. Die Befürchtung, daß sich in immer größeren Höhen die Windstärke ungefähr in dem gleichen Maße wie die Vergrößerung der Geschwindigkeit ebenfalls steigern würde, soll nach den bisher angestellten Untersuchungen grundlos sein. Mit Hilfe von Pilotballonen hat man festgestellt, daß in der Stratosphäre die Windstärke, die sich bis zu Höhen von 10—12 000 Metern tatsächlich in demselben Maße steigert wie die Geschwindigkeit der Maschine, über diese Grenze hinaus wieder abnimmt, so daß in Höhen von 15—20 000 Metern eine wesentliche Beeinträchtigung der Geschwindigkeit des Flugzeugs durch den Wind nicht zu befürchten sei.

Erschwerung der Rettung Nobiles durch Nebel und widrige Winde.

Maddalena kann nicht von Vadsoe fort

× **Oslo**, 17. Juni. Der italienische Flieger Maddalena, der bis zur Bären-Insel gekommen war, mußte wegen Nebels wie gestern wegen Motorschadens, so auch heute wieder nach Vadsoe zurückkehren. Der schwedische Hydroplan „Uppland" ist am Sonnabend mittag in Narvik eingetroffen. In Kingsbay ist bisher noch keine Nachricht über die Fahrt des russischen Eisbrechers „Malygin" eingetroffen. Man nimmt an, daß er ohne Kingsbay anzulaufen, geradewegs nach Norden gefahren ist. Seine Funkanlage ist vermutlich zu schwach, um von der „Citta di Milano" gehört zu werden. Die „Hobby" und die „Braganza" befanden sich am Sonnabend morgen in der Nähe des Nordkap. Infolge dichten Nebels und nordwestlicher Winde ist es den norwegischen Fliegern bisher noch nicht möglich gewesen, von der „Hobby" aus zu einem Erkundigungsfluge zu starten.

⊙ **Stockholm**, 16. Juni. Der italienische Flieger Major Penzo landete heute 4 Uhr nachmittags im hiesigen Madineflughafen mit seinem Dornierwal-Wasserflugzeug. Er beabsichtigt morgen früh 5 Uhr über Lulea nach Vadsoe seinen Flug fortzusetzen.

Die finnische Hilfsexpedition für Nobile.

¶ **Oslo**, 17. Juni. Das von der Regierung in Helsingfors zur Hilfeleistung für Nobile entsandte finnische Wasserflugzeug ist um 2 Uhr nachmittags in Tromsö gelandet und wird seinen Flug sobald wie irgend möglich fortsetzen.

*

Die Hilfsaktion Amundsens.

× **Paris**, 16. Juni. Der französische Major Guilbaud ist heute mit einem Wasserflugzeug, wie angekündigt, vom Flugplatz Le Bourget gestartet, um ohne Zwischenlandung den Flug nach Bergen auszuführen, wo er Amundsen an Bord nehmen wird, um sich an den Bemühungen um die Rettung der Expedition der „Italia" zu beteiligen.

÷ **Oslo**, 16. Juni. Die von Amundsen geplante Hilfsexpedition für Nobile steht hier im Mittelpunkt des Interesses. Amundsen will heute nach Bergen abreisen, wo ihn das von Guilbaud geführte Wasserflugzeug Latham erwarten soll. Amundsen wird von Leutnant Diedrichson begleitet, der 1925 als einer der Piloten an dem Nordpolflug der Amundsen—Ellsworth-Expedition teilgenommen hat. Auch Seekapitän Wisting, der Amundsen bei allen seinen Expeditionen, u. a. bei der Südpolarexpedition und auf der Nordpolfahrt der „Norge" begleitet hat, wird sich Amundsen anschließen. Da das französische Flugzeug nicht alle Mitglieder der Expedition aufnehmen kann, so werden zwei der Herren die Fahrt nach Spitzbergen zu Schiff machen. Der Proviant und die Ausrüstungsgegenstände, die von Nobile verlangt wurden, sind bereits nach Bergen geschickt worden. Die Operationsbasis der Expedition auf Spitzbergen wird die Adventsbay sein, die zwischen 80 und 100 km südlich von Kingsbay liegt. Es sind alle Vorkehrungen für den Start des Flugzeuges in Bergen getroffen. Die Zeitungen weisen darauf hin, daß Amundsen genau heute vor 25 Jahren an Bord des kleinen Schiffes „Gjoea" die Reise antrat, in deren Verlauf er als erster nördlich des amerikanischen Kontinents die Nordwest-Passage durchfuhr. Diese seine erste selbständige Expedition machte Amundsens Namen in aller Welt bekannt.

◇ **Oslo**, 16. Juni. Das französische Wasserflugzeug „Latham", das von Major Guilbaud gesteuert wird und Amundsen und Leutnant Dietrichsen an Bord hat, ist um 8,15 Uhr abends von Bergen nach Tromsoe abgeflogen.

*

Die Auffindung der Malmgreen-gruppe noch nicht bestätigt.

Rom, 17. Juni. Der Marine-Unterstaatssekretär Admiral Siriami und sein Pressechef schilderten am Sonntag vor der Auslandspresse den Verlauf der Hilfsexpedition für General Nobile. Die Oslo-Meldung über die Auffindung der Gruppe Malmgreen, Zappi und Mariano durch die Expedition der „Hobby" sei am Sonnabend abend von der „Citta di Milano" als Gerücht bezeichnet worden. Eine neue Rückfrage sei veranlaßt. Ueber die Pläne für eine Rettung Nobiles befragt, erklärte der Pressechef, eine entscheidende Hilfe sei erst durch Großflugzeuge und Eisbrecher möglich. Die „Braganza" und die „Hobby" würden kaum weiter vordringen können. Dank der gemeinschaftlichen Hilfe sei bestimmt zu hoffen, daß die Rettung der Nobile-Gruppe noch rechtzeitig erfolgen werde. Das Schicksal der mit der Luftschiffhülle abgetriebenen Gruppe sei völlig unbekannt. General Nobile habe sich am Sonnabend nicht mehr gemeldet, so daß zu befürchten sei, daß die Elemente seiner kleinen Radiostation verbraucht seien.

*

Deutschland und Nobile.

× **Berlin**, 16. Juni. Der Unterstaatssekretär der italienischen Luftfahrt, Exzellenz Balbo, hat dem Reichsverkehrsministerium für die ständige, wiederholt ausgesprochene Hilfsbereitschaft Deutschlands für Nobile wärmstens gedankt und mitgeteilt, daß der Leiter der italienischen Rettungsaktion, der Kommandant der Citta di Milano, Romagni, angewiesen sei, im Bedarfsfalle die deutsche Hilfe zu erbitten.

Keine Antwort an die Deutsche Lufthansa.

● **Berlin**, 16. Juni. Zu den Vorwürfen, daß die Deutsche Lufthansa es der italienischen Regierung durch hohe Preisforderungen unmöglich gemacht, ihre Hilfe beim Rettungswerk für Nobile in Anspruch zu nehmen, wird erklärt, daß Deutschland in sehr früher Zeit seine Hilfe angeboten hat. Ein Wunsch ist von italienischer Seite aber nicht geäußert worden. Italien hat sich nicht an die Lufthansa gewandt. Nur Amundsen hat angefragt wegen des Preises für den Ankauf oder die Scharterung eines Flugzeuges. Die Lufthansa hat darauf ein Angebot gemacht, worauf keine Antwort gefolgt ist. Lediglich hat Amudsen im „8-Uhr-Abendblatt" einen Artikel veröffentlicht, aus dem hervorging, daß er die nötigen amerikanischen Gelder nicht erhalten habe.

Ein abenteuerlicher Hochstapler.

Die Straftaten eines entarteten Sprößlings aus adligem Hause.

Berlin, 17. Juni.

Vor dem großen Schöffengericht Charlottenburg fand gestern der Hochstapeleiprozeß gegen Joachim von Reichel statt, dem 25 Strafhandlungen zur Last gelegt werden. Der jetzt 34jährige Angeklagte entstammt väterlicherseits einer ostpreußischen Offiziersfamilie, sein Großvater mütterlicherseits war ein reicher Schiffsreeder.

In seinen Aussagen vermischt der phantasiebegabte Angeklagte, der unzweifelhaft eine Künstlernatur ist, in reichlichem Maße Wahrheit und Dichtung. Er bezeichnet seine Konnexionen und Protektionen als sein Verhängnis. Reichel erhielt seine Erziehung im Kadettenkorps und wurde bei Kriegsbeginn Offizier. Er behauptet, durch den früheren Reichskanzler Bülow, dessen Neffe zu sein er vorgibt, 1915 zur Botschaft nach Rom kommandiert worden zu sein. Schon kurz nach Kriegsausbruch habe der Fürst veranlaßt, daß er als 21jähriger Leutnant nach der Marneschlacht

in geheimer Mission als Kurier mit Briefen zu König Carol nach Bukarest geschickt

wurde. Zur Belohnung sei er dann als Militärattaché nach Konstantinopel gekommen. Aufgetreten ist der Angeklagte später als „Baron" v. Reichel, „Graf" Reichel, „Dr." v. Reichel, Botschaftssekretär, Villenbesitzer, Rennstallbesitzer, Bankdirektor, Literarhistoriker, Schriftsteller und schließlich als Oberregisseur.

Auf die Frage, was er denn nun eigentlich gewesen sei, erwiderte der Angeklagte: „Oberregisseur bin ich mein ganzes Leben lang gewesen und nichts anderes. Dem Grafen v. Hülsen-Häseler verdanke ich, daß ich 1917 kurzweg den Abschied als Offizier bekam und ans Theater gelangte. Ich bin

acht Jahre als Operuregisseur

tätig gewesen. In München war ich nur Volontär im Theater. Dann habe ich in Wien erfolgreich Opern eingerichtet und war dann zwei Jahre in Bremen, ein Jahr in Prag und schließlich Oberregisseur der Opern von Düsseldorf und Duisburg. Von Düsseldorf kam ich wieder nach Wien. Meine Stellung als junger Mensch war dort nicht haltbar. Ich war überarbeitet und ging daher auf ein Jahr nach der Schweiz. Inzwischen war mein Großvater gestorben. Die mir von diesem hinterlassenen 100 000 Mark waren von mir schon verbraucht, und ich stand ohne finanzielle Hilfe. In der Schweiz habe ich ungedeckte Schecks ausgegeben. Seit dem Jahre 1923 setzten meine strafbaren Handlungen ein."

Auf Vorhalten gab der Angeklagte zu, daß er bereits in Charlottenburg mit neun Monaten Gefängnis und in München mit fünf Monaten Gefängnis wegen Hochstapeleien bestraft wurde, und diese Strafen in Hohendiez abgesessen habe. Er ist auch in Genf, Interlaken, Zürich und Chur in der Schweiz und vom Landgericht Klagenfurth in Oesterreich wegen Scheckbetrügereien, und bei einem Gericht auch wegen Diebstahls abgeurteilt worden. Daneben ist

gegen ihn in der Schweiz auf zehnjährige Landesverweisung erkannt

worden.

Die dem Angeklagten zur Last gelegten 25 Strafhandlungen gab er im allgemeinen zu und erklärte dazu nur, daß er sehr leichtsinnig gewesen sei. Er hat auf Kredit und mit ungedeckten Schecks eine große Zahl von Motorbooten, Kunstsammlungen, Gemälden, Wohnungseinrichtungen und vieles andere gekauft, und in Berlin nach seiner letzten Strafverbüßung mit Hilfe dieser Betrügereien auf großem Fuß gelebt.

Rechtsanwalt Dr. Sidney Mendel legte dem Gericht eine Reihe von Kritiken über die künstlerische Tätigkeit und die schriftstellerischen Leistungen des Angeklagten vor. Dieser hat u. a. ein Buch veröffentlicht „Die Balkanerlebnisse eines Geheimkuriers".

Nach dem Gutachten der Sachverständigen ist der Angeklagte

ein phantastischer Lügner und minderwertiger Psychopath.

Die Gerichtsärzte verneinten jedoch übereinstimmend jede strafausschließende Unzurechnungsfähigkeit. Wie die Familie des Angeklagten von Reichel, der dieser bereits viele Schande gemacht hat, selbst mitteilt, ist dessen vor Gericht vorgetragene Behauptung, daß er der Neffe des früheren Reichskanzlers Fürst v. Bülow sei, ebenfalls ein Märchen des Angeklagten. Tatsächlich sei Reichel nur mit dem verstorbenen Grafen v. Bülow-Dennewitz verwandt gewesen.

Die Beweisaufnahme ergab, daß die Schwindeleien des Angeklagten in die Tausende gehen. Anderseits wurde ihm von mehreren als Zeugen vernommenen Künstlern und Schriftstellern hinsichtlich seiner künstlerischen Fähigkeiten ein günstiges Zeugnis ausgestellt.

Der Staatsanwalt beantragte wegen fortgesetzten vollendeten und versuchten Betrugs und Unterschlagung eine Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis und wegen der an den Tag gelegten ehrlosen Gesinnung drei Jahre Ehrverlust. Die Verteidiger baten das Gericht, bei der Strafabmessung die zahlreichen, in der Persönlichkeit des Angeklagten liegenden Milderungsgründe zu berücksichtigen.

Das Urteil lautete wegen vollendeten Betruges in zehn Fällen, wegen versuchten Betruges in zwei Fällen und wegen Untreue in einem Falle auf insgesamt zwei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft.

Aus aller Welt.

Ein Lokomotivführer von der Maschine gerissen und getötet.

:: **Berlin**, 17. Juni. Am Sonntag abend gegen 6,30 Uhr ereignete sich auf der Vorortstrecke nach Wünsdorf ein eigenartiger Eisenbahnunfall. Der Lokomotivführer eines Vorortzuges lehnte sich, wie der Montag meldet, als er eine Störung am Getriebe seiner Maschine beobachten wollte, zu weit aus der Lokomotive heraus, als plötzlich auf dem Nebengleis in entgegengesetzter Richtung ein Zug heranbrauste. Der Lokomotivführer wurde heruntergerissen und sofort getötet. Der Heizer des Zuges, der die Lokomotive sofort abgebremst hatte, fand seinen Vorgesetzten in entsetzlich zugerichteter Lage auf.

Drei Todesopfer einer Explosion in Paris.

:: **Paris**, 16. Juni. In einer Fabrik für elektrotechnische Bedarfsartikel erfolgte heute morgen eine Explosion, bei der drei Angestellte getötet und neun mehr oder weniger schwer verletzt worden sind.

Fliegertagung in Reims.

:: **Paris**, 17. Juni. In Reims ist heute vormittag der Kongreß der Vereinigung der Berufsflieger, auf dem auch Deutschland vertreten ist, eröffnet worden. Anläßlich der Tagung findet eine Reihe von Schauflügen statt, an denen auch ein deutscher Flieger teilnehmen soll.